



Samstag, 21. April 2018, 11:16 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Akademische Leere

Studierende und Beschäftigte stören an als Wirtschaftsbetrieben organisierten Hochschulen nur.

von Ralf Wurzbacher
Foto: lovelyday12/Shutterstock.com

Der groß angelegte Rückzug des öffentlichen Sektors aus der Hochschulfinanzierung zeitigt nachhaltige Wirkung. Die Befunde einer Langzeituntersuchung belegen eine gravierende Verschiebung bei der Mittelvergabe im Wissenschaftssystem. Demnach wurde im Zeitraum von 20 Jahren die Grundfinanzierung der Unis im Zeichen von „Sparzwängen“ und „schlankem Staat“ massiv zurückgefahren. Dagegen sind temporäre und projektgebundene Zuwendungen – speziell aus privaten Quellen – auf dem Vormarsch. Das freut Industrie, Banken und Versicherungen, die damit ihren

Einfluss auf Forschung und Lehre beträchtlich ausbauen konnten. Die Leidtragenden sind Studierende und Beschäftigte. Unter den Bedingungen der forcierten und politisch gewollten Mangelverwaltung gelten sie nur noch als Kostenfaktoren.

Juchhe! In Deutschland wurde zu keiner Zeit mehr Geld für Forschung und Lehre locker gemacht. Wenn das keine frohe Botschaft ist. Während 1995 die Ausgaben für die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) bei 27 Milliarden Euro lagen, waren es 2015 bereits über 53 Milliarden Euro. Das ist fast eine Verdopplung in 20 Jahren. Noch besser sieht es bei den Einnahmen aus. Vor zwei Jahrzehnten generierten die Universitäten auf eigene Faust – also über die Länderzuwendungen hinausgehend – nicht einmal 10 Milliarden Euro. Zuletzt brachten sie es auf 24,6 Milliarden, was einen Zuwachs um 153 Prozent bedeutet. Wer wollte bei solchen Zahlen meckern?

Geliefert hat sie das Berliner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) mit ihrer Studie „**Entwicklung der Finanzierung von Hochschulen und Außeruniversitären Forschungseinrichtungen seit 1995**“ (http://www.fibs.eu/de/sites/presse/_wgHtml/_wgData/FiBS_DHV_Hochschulfinanzierung_180328_final.pdf). Sie wurde im Auftrag des Deutschen Hochschulverbands (DHV) erstellt und basiert auf Daten des Statistischen Bundesamts sowie des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI).

Dreiklassengesellschaft

Die Untersuchung ist aber viel mehr als eine trockene Faktensammlung. Vielmehr offenbart sie einen tief greifenden Wandel in der deutschen Wissenschaftslandschaft und ihrer materiellen Ausstattung: Weg von einem einst weitgehend egalitären System weitgehend gleicher Akteure auf Augenhöhe – hin zu einer akademischen Zwei- oder gar Dreiklassengesellschaft: mit wenigen forschungs- und finanzstarken Einrichtungen an der Spitze und einem breiten Sockel an Massenhochschulen unter den sich zuspitzenden Bedingungen einer politisch gewollten Mangelverwaltung. Leidtragende sind bei all dem vor allem die Studierenden. Denn für ihre Ausbildung und Betreuung bleibt sukzessive immer weniger übrig.

Mehr Geld ist das eine. Entscheidender ist, wie es verteilt wird. Und genau hierbei sind im Zeitverlauf beträchtliche Unwuchten entstanden. Das zeigt sich am deutlichsten an der Relation zwischen den „leistungsunabhängigen“ Grundmitteln der Hochschulen und den „leistungsabhängigen“ Drittmitteln sowie anderen projektgebundenen und temporären Zuschüssen. Laut Studie finanzierten sich die Hochschulen Mitte des vergangenen Jahrzehnts noch zu 56 Prozent aus den Zuwendungen der Länder, zu 44 Prozent aus alternativen Quellen. Inzwischen hat sich das Verhältnis umgekehrt: 44 Prozent steuern die Bundesländer bei, 56 Prozent werden anderweitig reingeholt. Klammert man die Unikliniken aus und nimmt nur die Hochschullehre und -forschung zum Maßstab, dann ist der Anteil der Grundfinanzierung innerhalb von zehn Jahren von 73 Prozent auf 50 Prozent im Jahr 2015 zurückgegangen.

Drittmittel auf Vormarsch

Die andere Hälfte setzt sich aus Drittmitteln zusammen: aus der gewerblichen Wirtschaft, durch Stiftungen und von staatlichen

Stellen, zum Beispiel durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), sowie aus mit Bundesmitteln kofinanzierten temporären Programmen wie der Exzellenzstrategie (vormals Exzellenzinitiative) oder dem Hochschulpakt zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Dabei haben sich die Zuwendungen aus öffentlichen Töpfen im 20jährigen Betrachtungszeitraum von anfangs knapp 600 Millionen Euro auf zuletzt 1,9 Milliarden Euro mehr als verdreifacht. Das Aufkommen privater Drittmittel seitens der Industrie und wirtschaftsnaher Stiftungen legte gar um 330 Prozent von 1,6 Milliarden Euro 1995 auf 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2015 zu.

Zwar konnten auch die „sicheren“ Grundmittel im zurückliegenden Jahrzehnt zulegen, im Bundesdurchschnitt um 30 Prozent. Die festgestellte Verdoppelung der Hochschulhaushalte sei allerdings im Wesentlichen „auf höhere Drittmitteleinnahmen zurückzuführen“, heißt es in der Studie. Entsprechend konstatieren die FiBS-Forscher in einer Medienmitteilung eine deutlich gestiegene „Abhängigkeit der Universitäten von Drittmitteln“, auf die allein „70 Prozent des Wachstums der Hochschulfinanzen“ **zurückgingen** (https://www.hochschulverband.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=284&cHash=9256dd5dd8e5676fc8b8416e1b6cddbcb#_).

Dass diese Abhängigkeiten Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung von Forschung und Lehre zeitigen, steht außer Frage und wurde an dieser Stelle zuletzt am Beispiel des groß angelegten Einstiegs der Dieter-Schwarz-Stiftung (Lidl) an der Technischen Universität München **aufgezeigt** (<https://www.rubikon.news/artikel/lehrstuhle-im-ausverkauf>).

Kleckern bei der Lehre

Weil das Gros der von Externen gelieferten Gelder in die Forschung

fließt, müssen an anderer Stelle Abstriche gemacht werden. Vor allem trifft das die Lehrqualität. „Entfielen 1995 noch bundesweit 59 Prozent der Mittel auf die Lehre, waren es 2015 noch 53 Prozent“, rechnen die Autoren vor. Dabei habe im selben Zeitraum die Zahl der Studierenden um fast 40 Prozent zugenommen. Die Grundfinanzierung der Lehre durch die Länder sei „sogar von 51 auf 37 Prozent gesunken, die der Forschung von 26 auf 15 Prozent“. Während der Schwund bei den Forschungsmitteln der Bundesländer aber durch den massiven Aufwuchs an Drittmitteln aus privaten und staatlichen Quellen (DFG, Exzellenzstrategie) wettgemacht und deutlich überkompensiert wurde (plus 10 Prozentpunkte), bleiben entsprechende Maßnahmen im Bereich der Lehre (etwa im Rahmen des Hochschulpakts oder des Qualitätspakts Lehre) weit hinter den Erfordernissen zurück.

Insbesondere zeigt sich das bei den Beschäftigten. Zwar weisen auch hierfür die Aufwendungen der Hochschulen seit 1995 deutlich nach oben (plus 81 Prozent). Jedoch halte der „Zuwachs des wissenschaftlichen Personals und hier insbesondere der Professorinnen und Professoren mit den wachsenden Studierendenzahlen nicht Schritt“, bemerken die Forscher. Die Zahl der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, etwa jene in den Bereichen Verwaltung und Technik, ist im Untersuchungszeitraum sogar absolut zurückgegangen – das vielleicht sichtbarste Zeichen der seit vielen Jahren exerzierten und am Mantra des „schlanken Staats“ orientierten öffentlichen Kürzungspolitik.

Billig vor Qualität

Aber die Studie führt noch weitere Belege dafür auf, wie sich der Staat als Kostendrucker betätigt: So werde „ein zunehmender Teil des Personalbedarfs für Lehr- und Forschungsaufgaben (...) nicht über den Stellenplan, sondern über temporär eingestelltes und im

Rahmen der Sachkosten finanziertes Personal erledigt“. Dazu habe die Umstellung der Vergütung von der C- „auf die prinzipiell niedrigere W-Besoldung (...) den intendierten Effekt entfaltet und die Personalkosten gedrückt beziehungsweise den Anstieg abgeschwächt“. Ferner hätte sich die Einstellungspraxis bei den wissenschaftlichen Kräften „dahingehend verändert, dass der Anteil an unbefristeten oder längerfristig beschäftigtem wissenschaftlichen Personal reduziert und durch überwiegend jüngere, beruflich unerfahrenere, aber kostengünstigere Personen ersetzt wurde“.

Alles in allem habe sich die Relation zwischen Lehrenden und Lernenden „erheblich verschlechtert“, befinden die Forscher. Der Deutsche Hochschulverband als Auftraggeber der Studie hat aus Anlass seines 68. Verbandstags am 3. und 4. April in Berlin den Finger in die Wunde gelegt. Nach dem Verdikt von DHV-Präsident Bernhard Kempen sind die Universitäten weiterhin „dramatisch unterfinanziert“. Das Betreuungsverhältnis von Studierenden pro Professur **betrage**

https://www.hochschulverband.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=283&cHash=8ef434d3a65f031c932b61b46398a878#_ derzeit 67 zu 1, im

bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sogar fast 91 zu 1. Kempen forderte Bund und Länder dazu auf, der Empfehlung des Wissenschaftsrates vom Juli 2013 zu folgen und bis zum Jahr 2025 zusätzliche 7.500 Universitätsprofessuren einzurichten und den demnächst auslaufenden Hochschulpakt zu verstetigen.

„Erheblicher Einstellungsbedarf“

Die neue, alte Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auf dieses Vorhaben längst verständigt und mit einer baldigen

Umsetzung ist auch zu rechnen. Allerdings verspricht das keine Entspannung der Lage. Der Hochschulpakt von Bund und Ländern war von Beginn an als ein Notprogramm konzipiert, um dem seit Beginn der 2000er Jahre einsetzenden massenhaften Andrang auf die Unis zu begegnen. Die mit ihm seit 2007 zusätzlich geschaffenen Studienplätze sind allesamt mit weniger Mitteln unterfüttert (derzeit 6.500 Euro jährlich) als die bis dahin aus den Grundmitteln finanzierten „Normalstudienplätze“. FiBS-Direktor Dieter Dohmen hatte schon in einer früheren Analyse dargelegt, dass der Kostenansatz deutlich unter den Ausgaben für einen regulären Studienplatz liegt. Im Jahr 2011 waren dies 8.700 Euro pro Jahr. Aber selbst das war schon eine Billigvariante. Nach Dohmens Kalkulation ließ sich der Staat im Jahr 2000 einen Studienplatz noch 9.600 Euro pro Jahr kosten.

In einer weiteren Studie hatte der Bildungsforscher außerdem herausgearbeitet, welche Faktoren eine hochwertige Hochschulbildung ausmachen. Sein Kredo: „Es kommt auf die Betreuungsrelationen an. Mehr Professuren und zusätzliche Wissenschaftlerstellen sind die zentrale Stellschraube für gute Lehr- und Forschungsleistungen.“ Mehr und besseres Fachpersonal bedeuteten „sowohl mehr Absolventen, mehr Studierende in der Regelstudienzeit und mehr Doktoranden und Habilitanden“. Daran anknüpfend legt er in seiner aktuellen Expertise nach: „Davon ausgehend, dass das derzeitige Betreuungsverhältnis von Studierenden und Professor/innen- beziehungsweise wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen einer dauerhaft hochwertigen Qualität von Lehre und Forschung nicht zuträglich ist, besteht zudem ein erheblicher Einstellungsbedarf in den deutschen Hochschulen.“

Klotzen bei der Forschung

Zurück zu den „großen“ Zahlen: Die Unis und Fachhochschulen haben ihre Ausgaben innerhalb von 20 Jahren von 22,6 Milliarden auf 43,7 Milliarden Euro gesteigert. Das entspricht einem Zuwachs von 93 Prozent. Der auf den ersten Blick gewaltige Satz relativiert sich nicht nur mit Blick auf das dicke Plus bei den nach Leistungs- und Wettbewerbskriterien und weit überwiegend zu Forschungszwecken vergebenen Drittmitteln. Aufschlussreich ist auch der Vergleich mit den vier großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF), also der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft sowie der Max-Planck-Gesellschaft.


Was fällt auf? Dort nämlich, wo kein Student ausgebildet und praktisch ausschließlich geforscht wird, zeigt sich der Staat von seiner generösen Seite. Nicht nur haben die genannten Einrichtungen ihre Ausgaben in 20 Jahren noch deutlicher steigern können als die Unis, um satte 116 Prozent von 4,4 Milliarden Euro auf 9,4 Milliarden Euro. Im Unterschied zu den Hochschulen haben sie dabei auch ihre Aufwendungen fürs Personal ganz massiv erhöht, in zwei Fällen mehr als verdoppelt, im Falle der Fraunhofer-Gesellschaft sogar vervierfacht.

Vor allem aber profitieren die AUF von einer nachhaltigen Verbesserung ihrer Grundfinanzierung, zum Beispiel durch den Pakt für Forschung und Innovation, bei vergleichsweise geringfügigen Veränderungen des Drittmittelanteils. „Bis zu 80 Prozent“ würden sie aus Grundmitteln finanziert, stellen die FiBS-Forscher fest. „Dadurch haben sie eine vergleichsweise hohe Planungssicherheit gegenüber den Hochschulen, die einen zunehmenden Aufwand für die Drittmittelakquise betreiben müssen und von befristeten Programmen abhängig sind.“ In diesem Lichte erscheint übrigens auch der ermittelte Publikationsoutput der Unis mit einem Plus von 70 Prozent in knapp 15 Jahren als ziemlich fragwürdiger Erfolg. Ein Professor, der viel forscht und schreibt, hat weniger Zeit für seine Studenten.

Weiter wie bisher

Ein zentraler Befund der Studie lautet: „Da der Mittelaufwuchs bei der Forschungsförderung deutlich höher ist als bei den lehrbezogen zur Verfügung gestellten Beträgen, hat sich die Finanzierungssituation zugunsten der Forschungsmittel und zulasten der Mittel für Lehre und Studium verändert.“ Die eingangs postulierte Klassengesellschaft trennt sich entsprechend in drei Lager: Oben thronen die Forschungsbastionen der AUF. Dahinter folgen die begüterten Unis mit hohem Forschungs- und Drittmittelaufkommen. Und ganz unten tummeln sich die „Ausbildungshochschulen“, an denen gute Lehre aber längst zu kurz kommt.

Dass die neue Bundesregierung diese Schieflage beheben will und wird, steht nicht zu erwarten. Union und SPD haben die Misere durch gemeinsames Wirken in zwei Groko-Auflagen seit 2005 maßgeblich zu verantworten – sei es durch das Pushen von Eliteunis, einen Hochschulpakt auf Sparflamme, immer wieder neue wettbewerbsbasierte Sonderprogramme oder dem per Föderalismusreform von 2006 besiegelten Ausstieg des Bundes aus der Hochschulbauförderung. Und schon ein Blick in den schwarz-roten Koalitionsvertrag lässt erahnen, dass es nach diesem Muster weitergehen soll. Auf 175 Seiten wimmelt es förmlich vom Wörtchen „Forschung“, während „Lehre“ nur spärliche sechsmal Erwähnung findet. So ist die fällige Fortsetzung der Verteilung knapper öffentlicher Mittel zum Nachteil der Studierenden semantisch bereits vorweggenommen.





"Wie viel ist Ihnen
Ihre Meinungsfreiheit wert?"



Unterstützen Sie unabhängigen Journalismus:

www.rubikon.news/unterstuetzen

<https://www.rubikon.news/unterstuetzen>

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Ralf Wurzbacher, Jahrgang 1973, ist freischaffender Journalist und Diplom-Medienberater. Den Titel trägt er zur Staffage, denn schlecht beraten sind die Medien schon genug. Lieber rät er von ihrem Konsum ab, sofern sich diese – wie die meisten – der Antiaufklärung und Verblödung widmen. Als Autor schreibt er querbeet durch alle Themen, mit Schwerpunkt Bildungs- und Hochschulpolitik. Er ist Antikapitalist und bekennender Verschwörungstheoretiker nach dem Motto: Theorie ist

der Boden fast jeder großen Erkenntnis, wogegen
einstürzende Zwillingsstürme einfach nur bodenlos sind.
Eine Zeit lang schrieb er darüber hinaus Artikel für den
Rubikon.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung -
Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International**
(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.
Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und
vervielfältigen.